

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

75. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 13. November 2003

Tagesordnungspunkt 6:

Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherung und die öffentlichen Finanzen** (Drucksache 15/758)
6475 1

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer arbeitslos ist und nicht aufgibt, der greift nach jedem Strohalm, egal, ob der Halm Minijob oder Ich-AG heißt. Gerade deshalb möchte ich uns allen den Film „Halbe Treppe“ von Andreas Dresen empfehlen. Er sucht nicht den Superstar. Er zeigt das wahre Leben, er zeigt Menschen mit ihren Sorgen und die alltägliche Liebe, also all das, was hier im Bundestag oft nur statistisch verwaltet wird. Das nimmt allerdings die Politik nicht aus der Verantwortung.

Zur politischen Bilanz gehört: Die Anzahl der Minijobs hat zugenommen, aber die **Massenarbeitslosigkeit** hat nicht abgenommen, nicht einmal statistisch. Auch Hartz bietet keine Linderung in dieser Situation. Deshalb verbietet sich bei der Debatte über den vorliegenden Bericht jede Feierstunde.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Alle seriösen Untersuchungen belegen: Minijobs sind bestenfalls ein Pflaster für ungeheilte Wunden. Sie werden als Zubrot ergriffen. Mit Existenz sichernder Arbeit haben Sie nichts zu tun. Obendrein belegen die Statistiken: Dieses Manko wirkt im Osten noch gravierender als in den alten Bundesländern. Der Bedarf an Putzfrauen oder Dumpingsheriffs ist an der Oder offenbar geringer als mancherorts am Main. Aber Sie kennen ja meinen Vorwurf: Die Mehrheit des Bundestages guckt noch immer einäugig durch die Westbrille und bleibt so auch in dieser Frage ostblind.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Grundsätzlich geht es allerdings nicht um ein Ost-West-Problem; es geht um die gesellschaftliche Frage: Wohin soll die Entwicklung in der Bundesrepublik gehen? In den viel zitierten USA kursiert ein Witz: Der Präsident lobt sich, er habe heute schon wieder fünf Minijobs geschaffen. „Stimmt“, sagt der Pizzafahrer, „vier davon habe ich.“ Von irgendetwas müsse man ja leben.

Ich denke, das ist nicht die Perspektive, die wir für erstrebenswert halten sollten. Zu Beginn war Rot-Grün noch der Meinung: Minijobs unterlaufen die Sozialversicherungspflicht, sie gefährden das Renten- und das

Gesundheitssystem. Das ist auch heute noch grundsätzlich richtig. Inzwischen verfolgt Rot-Grün allerdings das Gegenteil. Zwar spüren alle: Die Sozialsysteme – das Renten- und das Gesundheitssystem – krachen. Aber alle Fraktionen loben derzeit eine Arbeitswelt, die genau das befördert; der Kollege Kurth war heute eine gewisse Ausnahme.

Diese Kehrtwende von Rot-Grün ist nicht nur unlogisch, sie ist fundamental. Sie haben inzwischen das Prinzip preisgegeben, wonach die Wirtschaft für die Menschen da ist, aber nicht umgekehrt. Sie haben sich dem Irrglauben hingegeben: Alles wird gut, wenn die Wirtschaft nur regiert. Deshalb drängen Sie in billige Jobs statt auf gute Arbeit. Das ist aber keine Politik, sondern führt uns in die Sackgasse.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Ich gönne jeder Kellnerin im Bayerischen Wald ihren kleinen Job und wünsche jedem Studenten auf dem Taxibock oder auch in irgendeinem Bundestagsbüro Erfolg. Nur, eine Lösung für die großen Herausforderungen – die Arbeitslosigkeit und die Reform der Sozialsysteme –, genau das sind die Minijobs nicht. Ganz im Gegenteil, sie sind Teil unseres Problems.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])